

Bundesgesetzblatt ¹⁰⁴¹

Teil II

Z 1998 A

1972	Ausgegeben zu Bonn am 12. September 1972	Nr. 57
------	--	--------

Tag	Inhalt	Seite
7. 9. 72	Gesetz zu dem Niederlassungsvertrag vom 23. April 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat	1041
7. 8. 72	Bekanntmachung des Sechzehnten Zusatzprotokolls zum Handelsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft	1054
18. 8. 72	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Madagaskar über Kapitalhilfe	1057
21. 8. 72	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 99 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen in der Landwirtschaft	1059
21. 8. 72	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 112 der Internationalen Arbeitsorganisation über das Mindestalter für die Zulassung zur Arbeit in der Fischerei	1060

Gesetz zu dem Niederlassungsvertrag vom 23. April 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat

Vom 7. September 1972

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Madrid am 23. April 1970 unterzeichneten Niederlassungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat sowie dem Protokoll zum Vertrag wird zugestimmt. Der Vertrag sowie das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 22 Abs. 2 sowie das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 7. September 1972

Der Bundespräsident
Heinemann

Der Bundeskanzler
Brandt

Für den Bundesminister
für Wirtschaft und Finanzen
Der Bundesminister des Innern
Genscher

Der Bundesminister des Auswärtigen
Scheel

**Niederlassungsvertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat**

**Tratado de Establecimiento
entre la República Federal de Alemania y el Estado Español**

DER PRÄSIDENT DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DER CHEF DES SPANISCHEN STAATES

EL PRESIDENTE DE LA REPUBLICA
FEDERAL DE ALEMANIA
Y
EL JEFE DEL ESTADO ESPAÑOL

VON DEM WUNSCH GELEITET, die Stellung ihrer Staatsangehörigen, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Staates befinden, entsprechend den zwischen beiden Staaten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu regeln, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern und zum sozialen Wohlstand beider Völker beizutragen,

ANIMADOS DEL DESEO de reglamentar la situación de sus nacionales que se encuentran en el territorio del otro Estado, conforme a las relaciones amistosas existentes entre los dos Estados, de fomentar la cooperación económica y de contribuir al bienestar social de ambos pueblos,

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, einen Niederlassungsvertrag zu schließen.

HAN CONVENIDO en concertar un Tratado de Establecimiento.

Zu diesem Zweck haben sie zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

A este efecto han designado como plenipotenciarios:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Walter Scheel,
Bundesminister des Auswärtigen

El Presidente de la República Federal de Alemania
al Señor Walter Scheel,
Ministro de Asuntos Exteriores

Der Chef des Spanischen Staates
Seine Exzellenz Herrn Gregorio López Bravo,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten.

El Jefe del Estado Español
al Excmo. Señor Don Gregorio López Bravo,
Ministro de Asuntos Exteriores

Diese Bevollmächtigten haben nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart:

los cuales, después de haber canjeado sus plenos poderes, hallados en buena y debida forma, han concertado lo siguiente:

Artikel 1

Jede Vertragspartei gewährt den Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei, ihrem Vermögen, ihren Unternehmen und allen ihren sonstigen Belangen jederzeit gerechte und billige Behandlung.

Artículo 1

Cada Parte concederá en todo momento a los nacionales y sociedades de la otra Parte, a sus bienes, a sus empresas y a todos sus demás intereses un trato justo y equitativo.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, den Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei die Einreise in ihr Hoheitsgebiet sowie den Aufenthalt, die freie Wahl des Aufenthaltsortes und die Freizügigkeit in ihrem Hoheitsgebiet zu erleichtern.

Artículo 2

1. Cada Parte se compromete a facilitar a los nacionales de la otra Parte la entrada y permanencia en su territorio, así como la libre elección del lugar de residencia y desplazamiento.

(2) Den Staatsangehörigen einer Vertragspartei, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nach Maßgabe dieses Vertrages niederlassen wollen, um eine selbständige oder unselbständige Erwerbstätigkeit auszuüben, werden die Einreise in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei sowie der Aufenthalt, die freie Wahl des Aufenthaltsorts und die Freizügigkeit nach

2. A los nacionales de una de las Partes que deseen establecerse, de conformidad con las disposiciones de este Tratado, en el territorio de la otra Parte para el ejercicio de una actividad lucrativa por cuenta propia o ajena, se les permitirá la entrada y permanencia en el territorio de la otra Parte, así como la libre elección del lugar de residencia y desplazamiento, de acuerdo con

Maßgabe der in diesem Gebiet gültigen Rechtsvorschriften gestattet. Das gleiche gilt für die zum Haushalt eines Staatsangehörigen einer Vertragspartei gehörenden Familienangehörigen gleich welcher Staatsangehörigkeit, sofern der Staatsangehörige ihnen Unterhalt gewährt.

(3) Die Absätze 1 und 2 lassen das Recht beider Vertragsparteien unberührt, den Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei sowie den Familienangehörigen die Einreise in ihr Hoheitsgebiet aus Gründen der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit oder Gesundheit oder der Sittlichkeit zu verweigern.

Artikel 3

(1) Die Staatsangehörigen der einen Vertragspartei können das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei jederzeit verlassen, soweit dem keine Gründe strafrechtlicher Verantwortlichkeit oder solche der öffentlichen Gesundheit entgegenstehen.

(2) Die Staatsangehörigen einer Vertragspartei, die ihren ordnungsgemäßen Aufenthalt im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei haben, dürfen nur aus Gründen der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit oder Gesundheit oder der Sittlichkeit ausgewiesen werden. Sofern nicht zwingende Gründe der Sicherheit des Staates es erfordern, darf die Ausweisung nur erfolgen, wenn dem Betroffenen Gelegenheit gegeben worden ist, Gegenvorstellungen zu erheben, sich aller in der Gesetzgebung vorgesehenen Mittel und Rechtsbehelfe zu bedienen und sich dabei, falls er es für notwendig erachtet, vor den zuständigen Behörden vertreten zu lassen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Familienangehörige im Sinne des Artikels 2 Absatz 2.

Artikel 4

Die Staatsangehörigen der einen Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Schutz und Sicherheit zumindest zu den gleichen Bedingungen wie die Staatsangehörigen dieser Vertragspartei.

Artikel 5

Maßnahmen der zuständigen Behörden einer Vertragspartei, durch welche die Freiheit eines Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei beschränkt oder entzogen wird, sind nur nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen zulässig:

- a) Die Freiheit der Person darf nur auf Grund eines Gesetzes beschränkt oder entzogen werden. In jedem Falle sind festgehaltene Personen menschlich zu behandeln.
- b) Erfolgt die Freiheitsentziehung aus strafrechtlichen Gründen, so hat über ihre Zulässigkeit und Fortdauer nur der zuständige Richter zu entscheiden. Niemand darf über die in den Gesetzen derjenigen Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet er sich befindet, bestimmten Fristen hinaus festgehalten werden, ohne dem zuständigen Richter zur Verfügung gestellt zu werden; keinesfalls darf diese Frist 72 Stunden überschreiten. Jede festgenommene Person ist dem zuständigen Richter zur Verfügung zu stellen, der ihr die Gründe der Festnahme mitzuteilen, sie zu vernehmen und ihr Gelegenheit zu Einwendungen zu geben hat. Der Richter hat baldmöglichst einen mit Gründen versehenen schriftlichen Haftbefehl zu erlassen oder die sofortige Entlassung anzuordnen; diese richterliche Entscheidung hat auf jeden Fall vor Ablauf von 6 Tagen seit der Festnahme zu erfolgen. Der Verhaftete ist berechtigt, sich für seine Verteidigung aller in den Verfahrensvorschriften der jeweiligen Vertragspartei vorgesehenen Mittel zu bedienen, ins-

las disposiciones legales vigentes en dicho territorio. Esta norma será también de aplicación a los miembros de la familia de dichos nacionales que convivan con ellos y sean sostenidos económicamente por ellos, cualquiera que sea su nacionalidad.

3. Lo establecido en los párrafos 1 y 2 no afectará al derecho de las Partes a negar la entrada en su territorio a los nacionales de la otra Parte, o a sus familiares, por razones de orden público, de seguridad o sanidad públicas o buenas costumbres.

Artículo 3

1. Los nacionales de una de las Partes podrán abandonar, en cualquier momento, el territorio de la otra Parte, siempre que no existan responsabilidades penales o razones de sanidad pública que lo impidan.

2. Los nacionales de una de las Partes que residan legalmente en el territorio de la otra Parte, sólo podrán ser expulsados por razones de orden público, seguridad o sanidad públicas o buenas costumbres. La expulsión sólo podrá llevarse a efecto, salvo motivos perentorios de seguridad del Estado, que aconsejen otra cosa, después de haber dado al interesado la posibilidad de presentar sus alegaciones y utilizar todos los medios y recursos previstos en la legislación haciéndose representar ante las Autoridades competentes si lo considera necesario.

3. Las disposiciones de los párrafos 1 y 2 serán también aplicables a los familiares mencionados en el párrafo 2, del artículo 2.

Artículo 4

Los nacionales de una de las Partes disfrutarán en el territorio de la otra Parte de protección y seguridad en las mismas condiciones, por lo menos, que los nacionales de ésta.

Artículo 5

Las medidas que adopten las Autoridades competentes de una Parte para restringir la libertad o privar de ella a los nacionales de la otra Parte, no serán lícitas más que cuando se adopten conforme a las siguientes disposiciones:

- a) Sólo en virtud de una Ley podrá limitarse o privarse de libertad a una persona. En todo caso, la persona privada de libertad deberá ser tratada humanamente.
- b) Si la privación de libertad se produce por causas penales, sólo el Juez competente podrá decidir sobre su procedencia y duración. Nadie podrá ser detenido por más tiempo del señalado en las Leyes de la Parte en cuyo territorio se encuentra, sin que sea puesto a disposición del Juez competente; en ningún caso debe exceder ese plazo de las setenta y dos horas. Todo detenido deberá ser puesto a disposición del Juez competente, que le comunicará los motivos de la detención, le interrogará y le dará ocasión para presentar sus alegaciones. El Juez dictará lo antes posible un mandato de prisión razonado, por escrito, o dispondrá la libertad inmediata; esta decisión judicial debe ser tomada en todo caso antes de transcurrir seis días desde la detención. El preso tendrá el derecho de servirse para su defensa de todos los medios previstos en el procedimiento de la Parte en cuestión, especialmente de los servicios de un abogado elegido por él entre los admitidos en el Tribunal competente; será sometido a juicio tan

besondere der Dienste eines bei dem zuständigen Gericht zugelassenen Anwalts seiner Wahl; er ist vor Gericht zu stellen, sobald es der Stand des Verfahrens und seiner Verteidigung zuläßt. Das zuständige Gericht hat eine Entscheidung über den Fall in angemessener Frist zu treffen.

- c) Erfolgt die Freiheitsentziehung aus anderen als strafrechtlichen Gründen und ist nach dem innerstaatlichen Recht der betreffenden Vertragspartei hierfür keine vorhergehende oder unmittelbar nachfolgende gerichtliche Anordnung oder Genehmigung erforderlich, so ist der festgehaltenen Person zumindest das Recht zu gewährleisten, die Maßnahmen der Freiheitsentziehung in einem ordentlichen Rechtsverfahren durch Gerichte nachprüfen zu lassen.
- d) Von jeder Freiheitsentziehung ist, wenn die festgenommene Person dies verlangt, unverzüglich der nächste konsularische Vertreter der Vertragspartei, deren Staatsangehöriger die festgehaltene Person ist, zu benachrichtigen; ist die festgehaltene Person nicht in der Lage, dieses Verlangen zu stellen, so hat die Benachrichtigung von Amts wegen zu erfolgen. Der konsularische Vertreter hat das Recht, so oft es ihm erforderlich erscheint, die festgehaltene Person zu besuchen und in brieflicher Verbindung mit ihr zu bleiben; dies gilt nicht bei einer Freiheitsentziehung aus strafrechtlichen Gründen, wenn der zuständige Richter durch eine mit Gründen versehene schriftliche Entscheidung einen solchen Besuch oder den schriftlichen Verkehr ausdrücklich untersagt hat.
- e) Jede gerichtliche Verfahrenshandlung hat unter Beteiligung eines Dolmetschers stattzufinden, wenn dies erforderlich erscheint.

Artikel 6

(1) Staatsangehörige der einen Vertragspartei unterliegen gegenüber der anderen Vertragspartei keiner Wehrpflicht. Ebenso wenig dürfen sie zum Eintritt in bewaffnete oder militärische Verbände gezwungen werden, die die andere Vertragspartei innerhalb oder außerhalb ihres Hoheitsgebietes aufstellt.

(2) Die Staatsangehörigen der einen Vertragspartei sind im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei von allen öffentlichen Dienstleistungen befreit, soweit es sich nicht um allgemeine zivile Dienstleistungen handelt, die zum Schutze der Zivilbevölkerung einschließlich der Hilfe im Falle von Naturkatastrophen und deren Abwehr vorgesehen sind. Die Befreiung erstreckt sich auch auf Beiträge, die als Ablösung für Dienstleistungen auferlegt werden.

(3) Den Staatsangehörigen der einen Vertragspartei wird im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Inländerbehandlung in bezug auf öffentliche Sachleistungspflichten, wie Beschlagnahme und andere Verpflichtungen ähnlicher Art gewährt. Sie können hierbei alle rechtlichen Garantien, die Inländern zustehen, beanspruchen und haben Anspruch auf eine Entschädigung. Hinsichtlich der Entschädigung gilt Artikel 14 Absatz 3 entsprechend.

(4) Den Staatsangehörigen der einen Vertragspartei stehen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei alle Hilfszuwendungen zu, die bei Naturkatastrophen und ähnlichen Katastrophen den eigenen Staatsangehörigen unter gleichen Voraussetzungen aus hierfür bereitgestellten Mitteln gewährt werden.

(5) Personen, die die Staatsangehörigkeit beider Vertragsparteien besitzen, dürfen nur von der Vertragspartei zur Erfüllung der Wehrpflicht herangezogen werden, in deren Hoheitsgebiet sie im Zeitpunkt ihrer Einberufung ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben. Der gewöhnliche

pronto como la tramitación del procedimiento y su defensa lo permita. El Tribunal competente, decidirá sobre el caso en un plazo adecuado.

- c) Si la privación de libertad se produce por causas no penales y no se necesita para ello, según la legislación interna de la Parte respectiva, una disposición o autorización previa o inmediatamente posterior de un Tribunal, la persona privada de libertad tendrá el derecho de hacer revisar la medida relativa a la privación de libertad ante un órgano judicial.
- d) De toda privación de libertad deberá darse cuenta inmediatamente, si lo pide la persona privada de libertad, al representante consular más próximo de la Parte cuya nacionalidad ostente aquella. Cuando la persona privada de libertad no esté en condiciones de formular esta petición, la comunicación al representante consular, se hará en todo caso. El representante consular tendrá derecho a visitar al recluso tantas veces como lo estime necesario y a mantener correspondencia con el mismo, salvo que en una causa penal, el Juez competente lo hubiese prohibido por decisión escrita y motivada.
- e) Las actuaciones judiciales se practicarán con el auxilio de un intérprete si resulta necesario.

Artículo 6

1. Los nacionales de una de las Partes no estarán sometidos al Servicio Militar obligatorio de la otra Parte. Tampoco pueden ser obligados a su ingreso en asociaciones de carácter militar o armadas que la otra Parte establezca dentro o fuera de su territorio.

2. Los nacionales de una de las Partes estarán exentos de toda prestación personal de carácter público en el territorio de la otra Parte, siempre que no se trata de prestaciones civiles de carácter general previstas para la protección de la población civil, incluida la ayuda en caso de catástrofes naturales y defensa contra las mismas. La exención alcanzará también a las contribuciones que pudieran existir como redención de dichas prestaciones personales.

3. Los nacionales de una de las Partes tendrán, en el territorio de la otra Parte, igual consideración que los nacionales de esta última en lo que se refiere a la obligación de prestaciones materiales de carácter público, como requisas y otras obligaciones de carácter semejante. A estos efectos gozarán de las mismas garantías jurídicas que los nacionales, así como del derecho a la indemnización. Esta indemnización se ajustará a las condiciones señaladas en el párrafo 3 del artículo 14.

4. Los nacionales de una de las Partes se beneficiarán en el territorio de la otra Parte, y en las mismas condiciones que los nacionales de todas las ayudas que en caso de catástrofes naturales y otras semejantes se conceden a estos últimos con cargo a los fondos a tal efecto destinados.

5. Las personas que posean la nacionalidad de ambas Partes sólo pueden ser llamadas a cumplir su Servicio Militar obligatorio por la Parte en cuyo territorio tengan su residencia habitual en el momento de ser llamadas a filas. Se considera residencia habitual la establecida en

Aufenthalt gilt in dem Hoheitsgebiet als begründet, in dem die betroffene Person sich innerhalb der letzten 12 Monate vor dem Zeitpunkt der Einberufung die längste Zeit tatsächlich aufgehalten hat. Absatz 2 findet keine Anwendung auf Personen, die Staatsangehörige beider Vertragsparteien sind.

(6) Die Absätze 2, 3 und 4 finden auf Gesellschaften entsprechende Anwendung.

Artikel 7

(1) Den Staatsangehörigen und Gesellschaften der einen Vertragspartei wird im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei hinsichtlich des Zugangs zu den Gerichten sowie zu den Behörden für die Ausübung und Verteidigung ihrer Rechte Inländerbehandlung gewährt.

(2) Absatz 1 regelt nicht die Fragen der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten und der Bewilligung des Armenrechts, da in dieser Hinsicht das Haager Übereinkommen über den Zivilprozeß vom 1. März 1954 gilt.

Artikel 8

(1) Den Staatsangehörigen und Gesellschaften der einen Vertragspartei wird im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Inländerbehandlung gewährt für den Abschluß von Rechtsgeschäften aller Art.

(2) Absatz 1 gilt insbesondere für das Recht, Verträge zu schließen, Verbindlichkeiten einzugehen, Vermögen sowie Rechte und Interessen aller Art unter Lebenden oder von Todes wegen zu erwerben, innezuhaben, zu veräußern oder sonstwie darüber zu verfügen.

(3) Abweichend von Absatz 1 kann jede Vertragspartei aus Gründen der Sicherheit des Staats oder der Landesverteidigung den Erwerb, den Besitz oder die Nutzung von Grundbesitz ihren eigenen Staatsangehörigen vorbehalten oder die Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei in bezug auf die Möglichkeit, Grundstücke zu erwerben, zu besitzen oder zu nutzen, Sonderregelungen, die für Ausländer gelten, unterwerfen.

Artikel 9

(1) Die Staatsangehörigen einer Vertragspartei können im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei wirtschaftliche und berufliche Tätigkeiten jeglicher Art unter den gleichen Bedingungen wie Inländer ausüben; falls dafür eine vorherige Zulassung erforderlich ist, wird ihnen diese zu den gleichen Bedingungen wie Inländern gewährt. Entsprechendes gilt für Gesellschaften.

(2) Die Staatsangehörigen und Gesellschaften der einen Vertragspartei sind berechtigt, nach dem für die Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei geltenden Recht in deren Hoheitsgebiet Gesellschaften zu errichten, sich an ihrer Errichtung zu beteiligen oder Beteiligungen an Gesellschaften der anderen Vertragspartei zu erwerben. Die Staatsangehörigen der einen Vertragspartei sind berechtigt, nach dem für die Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei geltenden Recht und unbeschadet des Artikels 10 in der Leitung und Verwaltung solcher Gesellschaften tätig zu werden. Diese Rechte können ausschließlich nach den Absätzen 4, 5 und 6 eingeschränkt werden.

(3) Unternehmen dürfen im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei nicht deshalb ungünstiger als andere behandelt werden, weil sie ganz oder teilweise im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen. Dies

el territorio en que la persona afectada haya permanecido de hecho durante el mayor espacio de tiempo, dentro de los doce últimos meses anteriores al momento de su llamada a filas. El párrafo 2 no será aplicable a personas que sean nacionales de ambas Partes.

6. Los párrafos 2, 3 y 4 serán, en su caso, aplicables a las sociedades.

Artículo 7

1. Los nacionales y las sociedades de una de las Partes podrán ejercitar en el territorio de la otra Parte sus derechos y llevar a cabo su defensa ante cualquier órgano judicial o administrativo, en las mismas condiciones y gozando de los mismos beneficios establecidos para los nacionales de dicha Parte.

2. No quedarán comprendidas en el párrafo 1 cuestiones relativas a la "cautio judicatum Solvi" y al beneficio de pobreza que se regularán por lo dispuesto en el Convenio de La Haya sobre procedimiento civil de 1.º de marzo de 1954.

Artículo 8

1. Se concederá a los nacionales y sociedades de una de las Partes en el territorio de la otra Parte, equiparación a los propios nacionales y sociedades para la celebración de actos jurídicos de cualquier clase.

2. Lo dispuesto en el párrafo 1, comprende, entre otros, el derecho de celebrar contratos, asumir obligaciones, así como adquirir bienes o derechos e intereses de todas clases por actos inter vivos o mortis causa enajenándolos o poseyéndolos o disponiendo de ellos en cualquier forma.

3. No obstante lo dispuesto en el párrafo 1, cada Parte podrá, por motivos de seguridad del Estado o defensa nacional, reservar la adquisición, posesión o utilización de terrenos para sus propios nacionales o someter la posibilidad de que los adquieran, posean o utilicen los nacionales de la otra Parte, a requisitos especiales establecidos para extranjeros.

Artículo 9

1. Los nacionales de una de las Partes podrán ejercer actividades económicas y profesionales de cualquier clase, en el territorio de la otra Parte en las mismas condiciones que sus nacionales; si fuese necesario para ello obtener autorización administrativa previa, les será concedida en las mismas condiciones que a los nacionales. Esta norma será aplicable igualmente a las sociedades.

2. Los nacionales y sociedades de una de las Partes tendrán derecho, de conformidad con la legislación aplicable a los nacionales y sociedades de la otra Parte, a fundar sociedades en su territorio y participar en su fundación, así como a adquirir participación en las sociedades de esta Parte. Los nacionales de una de las Partes tendrán derecho a intervenir en la dirección y administración de tales sociedades de acuerdo con la legislación aplicable a los nacionales de la otra Parte y sin perjuicio de lo establecido en el Artículo 10. Este derecho podrá, únicamente, limitarse de conformidad con lo establecido en los párrafos 4, 5 y 6.

3. Las empresas no podrán ser objeto de un trato menos favorable, en el territorio de una Parte, por el hecho de ser propiedad, en todo o en parte, o de encontrarse bajo la influencia de nacionales y sociedades de la otra Parte. Este principio se aplicará también a la participa-

gilt auch für die Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen der einen Vertragspartei.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 hindern eine Vertragspartei nicht daran, besondere Erfordernisse für die Errichtung eines von Ausländern kontrollierten Unternehmens oder für den Erwerb der Kontrolle über ein bestehendes Unternehmen durch Ausländer in ihrem Hoheitsgebiet vorzuschreiben. Diese Erfordernisse dürfen aber den Wesensgehalt der in den Absätzen 1, 2 und 3 aufgeführten Rechte nicht beeinträchtigen.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 hindern eine Vertragspartei nicht daran, für ausländische Staatsangehörige oder Gesellschaften die Beteiligung an gewissen Unternehmen, die mit der Landesverteidigung, dem Informationswesen und der öffentlichen Versorgung zusammenhängen, einzuschränken oder zu verbieten.

(6) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten weder für diejenigen Tätigkeiten im öffentlichen Dienst, die Ausländern nicht zugänglich sind, noch für die in der Liste zu Protokoll-Nummer 7 zu diesem Vertrag aufgeführten Berufe und Tätigkeiten, die Ausländern nicht oder nur beschränkt zugänglich sind. Die genannte Liste kann auf Wunsch einer Vertragspartei überprüft werden, um ihren Umfang so weit wie möglich zu verringern.

Die Staatsangehörigen beider Vertragsparteien unterliegen hinsichtlich des Zugangs zu den oben genannten Berufen und Tätigkeiten den innerstaatlichen Rechtsvorschriften derjenigen Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet diese Berufe und Tätigkeiten ausgeübt werden sollen. Zukünftige Beschränkungen, die für Ausländer in bezug auf die in der Liste enthaltenen Berufe und Tätigkeiten angeordnet werden, gelten nicht für Personen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei, die bei Inkrafttreten der Beschränkungen diese Berufe und Tätigkeiten befugt ausüben.

(7) Die Absätze 1, 2 und 3 schließen nicht aus, an Gesellschaften entsprechende Anforderungen zu stellen, wie sie an vergleichbare inländische Gesellschaften gestellt werden, insbesondere hinsichtlich der Kapitalausstattung, der Haftungsverhältnisse und des Rechnungswesens.

Artikel 10

(1) Abweichend von Artikel 9 Absatz 1 regelt sich die Aufnahme und Ausübung einer Tätigkeit als Arbeitnehmer durch Staatsangehörige der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vorbehaltlich der nachfolgenden Bestimmungen nach den Gesetzen und Verwaltungsvorschriften der letztgenannten Vertragspartei über ausländische Arbeitnehmer.

(2) Den Staatsangehörigen der einen Vertragspartei, die leitende Angestellte eines Unternehmens sind, das sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei betätigt, ist vorbehaltlich des Artikels 9 Absatz 6 auf Antrag die Erlaubnis zur Ausübung einer Tätigkeit als leitender Angestellter ohne örtliche, zeitliche und berufliche Beschränkung zu erteilen. Als leitende Angestellte eines Unternehmens gelten im Sinne dieses Vertrages:

- a) die zur gesetzlichen Vertretung des Unternehmens Berufenen;
- b) Personen, denen Generalvollmacht oder Prokura erteilt ist;
- c) Angestellte, die für den gesamten Bereich der Geschäfte einer unselbständigen Niederlassung Handlungsvollmacht haben.

(3) Den Staatsangehörigen der einen Vertragspartei, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei

in concursos o subastas convocados por una de las Partes.

4. Las disposiciones de los párrafos 1, 2 y 3 de este Artículo no impedirán que una de las Partes pueda exigir requisitos especiales para el establecimiento en su territorio de una empresa controlada por extranjeros o para la adquisición del control por extranjeros de una empresa ya existente. Sin embargo, estas condiciones no deberán suponer limitaciones que afecten en lo esencial a los derechos reconocidos en los apartados 1, 2 y 3 precedentes.

5. Lo dispuesto en los citados párrafos 1, 2 y 3 tampoco impedirá que una de las Partes limite o prohíba la participación de los extranjeros en ciertas empresas relacionadas con la defensa nacional, la información y los servicios de utilidad pública.

6. Los párrafos 1, 2 y 3 no rigen para aquellas actividades relacionadas con los servicios públicos que no sean accesibles a los extranjeros, o lo sean limitadamente, ni para las profesiones y actividades enumeradas en la lista del número 7 del Protocolo Anejo a este Tratado. Esta lista puede ser examinada a iniciativa de una Parte para limitar, en lo posible, su alcance.

Las profesiones y actividades arriba mencionadas se registrarán, en cuanto al acceso a las mismas de los nacionales de la otra Parte, por la legislación interna de aquella en cuyo territorio se ejercen. Las limitaciones que en el futuro pudieran establecerse respecto a extranjeros, en relación con estas profesiones y actividades, no se aplicarán a los nacionales y sociedades de la otra Parte que estuviesen facultados para el ejercicio de esas profesiones y actividades con anterioridad a la entrada en vigor de las nuevas limitaciones.

7. Los párrafos 1, 2 y 3 no supondrán, en ningún caso, que las sociedades estén exentas de cumplir las obligaciones que se exijan a las sociedades semejantes nacionales y en particular las referentes a capital, responsabilidad y contabilidad social.

Artículo 10

1. No obstante lo dispuesto en el Artículo 9, párrafo 1, la iniciación y ejercicio de una actividad remunerada y por cuenta ajena por los nacionales de una de las Partes en territorio de la otra, se regulará con arreglo a las disposiciones legales y administrativas sobre empleados y trabajadores extranjeros de esta última Parte, salvo lo que a continuación se dispone.

2. Los nacionales de una de las Partes que sean empleados directivos de una empresa que desarrolle sus actividades en el territorio de la otra Parte, recibirán, a petición suya, la autorización para actuar como tales sin limitación alguna de orden territorial, temporal o profesional, salvo lo dispuesto en el artículo 9, párrafo 6. Se considerarán empleados directivos de una empresa, a los efectos de este Tratado:

- a) Aquellos que legalmente ejercen la representación de la empresa;
- b) aquellas personas a cuyo favor se hubiera extendido un poder general o una delegación;
- c) aquellos empleados que tengan el carácter de apoderados para la gestión de negocios en agencias o sucursales no independientes.

3. Los nacionales de una de las Partes que reglamentariamente residan en el territorio de la otra Parte y

ordnungsgemäß aufhalten und dort mindestens 5 Jahre ununterbrochen als Arbeitnehmer beschäftigt sind oder einen ununterbrochenen ordnungsgemäßen Aufenthalt von mindestens 8 Jahren nachweisen können, wird auf Antrag eine Arbeitserlaubnis ausgestellt, nach der sie auf unbefristete Dauer keiner gebietlichen und vorbehaltlich des Artikels 9 Absatz 6 keiner beruflichen Beschränkung in der Ausübung einer unselbständigen Beschäftigung unterliegen. Beide Vertragsparteien werden bestrebt sein, die oben genannten Fristen weiter zu verkürzen.

(4) Die in Absatz 3 genannte Arbeitserlaubnis kann auf Antrag auch vor Ablauf der genannten Fristen erteilt werden, wenn die Anwendung der Gesetze und Verwaltungsvorschriften des Aufenthaltslandes über ausländische Arbeitnehmer und die Anwendung der Bestimmung des Absatzes 3 eine besondere Härte für den Antragsteller bedeuten.

(5) Bei Arbeitnehmern, die im Besitz einer Arbeitserlaubnis nach Absatz 3 sind, verkürzt sich für ihre Ehegatten und minderjährigen Kinder die zur Erlangung einer solchen Arbeitserlaubnis erforderliche Aufenthaltsdauer von 8 Jahren auf 5 Jahre, sofern die Arbeitserlaubnis nicht auf Grund des Absatzes 4 vor Ablauf dieser Frist erteilt werden kann. Beide Vertragsparteien sichern zu, Anträge der in diesem Absatz genannten Familienangehörigen, die sich auf die Anwendung des Absatzes 4 beziehen, besonders wohlwollend zu prüfen.

(6) Der Aufenthalt im Sinne der vorstehenden Bestimmungen gilt als nicht unterbrochen, wenn die in den Absätzen 3 und 5 genannten Personen das Aufenthaltsland wegen Krankheit oder Urlaubs oder aus einem anderen seiner Natur nach vorübergehenden Grunde verlassen.

Die zur Erfüllung der Wehrpflicht verbrachte Zeit der Abwesenheit wird nicht auf die nach den Absätzen 3 und 5 zu erfüllenden Aufenthaltsfristen angerechnet, die während dieser Zeit ruhen.

(7) Benötigen Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei niedergelassen haben, für die Errichtung oder den Betrieb ihrer Unternehmen Staatsangehörige der ersteren wegen deren besonderer Fachkenntnisse, so wird diesen Personen die für diese Tätigkeit erforderliche Arbeitserlaubnis erteilt. Diese Vorschrift gilt auch für ordnungsgemäß errichtete Zweigniederlassungen und außerdem für Gesellschaften, die von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei kontrolliert werden. Für die Gesellschaften der einen Vertragspartei, an denen Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei mit Kapitalminderheit beteiligt sind, gelten in dieser Hinsicht die innerstaatlichen Vorschriften der erstgenannten Vertragspartei.

(8) Staatsangehörigen der einen Vertragspartei, die von Staatsangehörigen oder Gesellschaften derselben Vertragspartei zeitweilig bis zur Höchstdauer von 6 Monaten im Jahr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zur Montage oder Reparatur von Anlagen und Maschinen beschäftigt werden, ist die zur Ausübung dieser Tätigkeit erforderliche Arbeitserlaubnis zu erteilen.

(9) Die gegen Entgelt beschäftigten Staatsangehörigen der einen Vertragspartei werden im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei hinsichtlich des Inhalts, der Begründung und der Beendigung von Arbeitsverhältnissen, des Arbeitsentgeltes, des bezahlten Urlaubs, des Arbeitsschutzes, der Arbeitszeit, des Zulassungsalters zur Arbeit sowie hinsichtlich des Schutzes von Frauen und Jugendlichen ebenso günstig behandelt wie eigene Staatsangehörige, soweit diese Materien durch Gesetze und

hayen ejercido por lo menos durante cinco años ininterrumpidamente una actividad remunerada dependiente o puedan acreditar una residencia reglamentaria ininterrumpida de ocho años por lo menos, podrán obtener, previa solicitud, un permiso de trabajo que con duración indefinida, sin limitación territorial y profesional —salvo lo dispuesto por el Artículo 9, párrafo 6— les autorice al ejercicio de una ocupación por cuenta ajena. Ambas Partes procurarán acortar los plazos mencionados.

4. El permiso de trabajo señalado en el párrafo anterior, previa solicitud, podrá también concederse antes de que transcurran los plazos establecidos, cuando la aplicación de las Leyes y disposiciones administrativas sobre empleados y trabajadores extranjeros vigentes en el país de residencia y lo dispuesto en el párrafo 3, suponga un rigor excesivo para los solicitantes.

5. Para los cónyuges e hijos menores de edad de los empleados y trabajadores que se encuentren en posesión del permiso de trabajo a que se refiere el párrafo 3, podrá acortarse el plazo de residencia para la obtención de dicho permiso de trabajo, de ocho a cinco años siempre que el permiso de trabajo no se hubiese extendido, por aplicación del párrafo 4, antes de haber transcurrido el Plazo. Ambas Partes se comprometen a considerar con especial benevolencia la aplicación de las disposiciones del párrafo 4 a las solicitudes de miembros de la familia del interesado.

6. La residencia, conforme a las disposiciones que anteceden, no se considerará interrumpida, cuando las personas designadas en los párrafos 3 y 5 abandonen el país de residencia, por enfermedad, vacaciones u otras razones de carácter temporal.

El tiempo de ausencia por cumplimiento del Servicio Militar obligatorio no se computará a efectos de los plazos de residencia señalados en los párrafos 3 y 5, que quedarán en suspenso mientras tanto.

7. Cuando los nacionales o sociedades de una Parte radicados en el territorio de la otra Parte precisen para la instalación y funcionamiento de su empresa a nacionales de la primera por razón de sus conocimientos técnicos, se extenderá a estas personas el permiso de trabajo requerido para el ejercicio de esta actividad. Esta disposición se aplicará asimismo a las sucursales debidamente establecidas y también a las sociedades controladas por los nacionales o sociedades de la otra Parte. Las sociedades de una Parte con participación minoritaria de la otra Parte se registrarán a este respecto por la legislación interna de la primera.

8. A los nacionales de una de las Partes contratados por nacionales o sociedades de la misma con carácter temporal y por un periodo máximo de seis meses al año, para el montaje o reparación de instalaciones y maquinaria, en el territorio de la otra Parte, se les concederá el permiso de trabajo para el ejercicio de esta actividad.

9. Los nacionales de una Parte empleados mediante la retribución en el territorio de la otra, serán tratados de manera tan favorable como los propios nacionales en lo que respecta al contenido, nacimiento y terminación de la relación laboral, la remuneración del trabajo, las vacaciones pagadas, protección en el trabajo, jornada laboral, edad permitida para el trabajo, así como en lo referente a la protección de mujeres y jóvenes, en cuanto dichas materias estén reguladas por Leyes, Reglamentos,

Verordnungen sowie durch Anordnungen oder andere Maßnahmen der Verwaltung geregelt sind.

(10) Absatz 9 gilt nicht für Verpflichtungen, die auf privatrechtlichen Vereinbarungen beruhen oder die mit der Erfüllung der Wehrpflicht zusammenhängen.

Artikel 11

Die Staatsangehörigen und Gesellschaften der einen Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei betriebswirtschaftliche und technische Sachverständige nach ihrer freien Wahl beschäftigen. Soweit diese Sachverständigen den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei für die Ausübung dieser Berufe vorgeschriebenen Anforderungen nicht genügen, dürfen sie nur für interne Untersuchungen, Prüfungen und Berichte beschäftigt werden.

Artikel 12

Den Staatsangehörigen und Gesellschaften einer Vertragspartei wird im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Inländerbehandlung und Meistbegünstigung für die Betätigung auf den Gebieten der Religion, der Wissenschaft und des Bildungswesens gewährt. Sie haben das Recht, zu diesen Zwecken Vereinigungen nach dem Recht der anderen Vertragspartei zu bilden. Jedoch darf kein Teil dieses Vertrages dahingehend ausgelegt werden, daß er ein Recht zu politischer Betätigung ausdrücklich oder stillschweigend zugesteht.

Artikel 13

(1) Die Staatsangehörigen und Gesellschaften der einen Vertragspartei sowie deren Handlungsreisende sind berechtigt, im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Waren einzukaufen oder Aufträge von Kaufleuten oder Personen anzunehmen, in deren Geschäftsbetrieb Waren der angebotenen Art verwendet werden. Zu diesem Zweck dürfen sie Muster und Warenproben, aber keine Waren mit sich führen.

(2) Für die Ausübung der in Absatz 1 genannten Tätigkeiten ist eine besondere Legitimationsurkunde nicht erforderlich, wenn sich die Gewerbetreibenden durch einen Ausweis der Behörden ihres Heimatlandes nach dem Muster des am 3. November 1923 in Genf unterzeichneten Internationalen Abkommens zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten ausweisen. Für diesen Ausweis ist ein konsularischer oder sonstiger Sichtvermerk nicht erforderlich.

Artikel 14

(1) Das Eigentum und sonstige Rechte der Staatsangehörigen und Gesellschaften der einen Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei den gleichen Schutz, der durch die Gesetze der anderen Vertragspartei dem Eigentum und sonstigen Rechten der Inländer gewährt wird. Das gleiche gilt für Maßnahmen, Durchsuchungen, Überprüfungen und sonstige Eingriffe der Behörden. Diese sind im übrigen so durchzuführen, daß sie die Beteiligten möglichst wenig beschweren.

(2) Die beiden Vertragsparteien verpflichten sich, für die Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei keine besonderen Vorschriften zu erlassen oder Maßnahmen zu ergreifen, die deren Behandlung hinsichtlich bereits bestehender Beteiligungen an anderen Unternehmen in Form von Geldeinlagen oder in Form von jeder anderen vom Gesetz zugelassenen Einlage verschlechtern.

(3) Das Eigentum und sonstige Rechte von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der einen Vertragspartei

o por Ordenanzas u otras Disposiciones de la Administración.

10. Lo dispuesto en el párrafo anterior no se aplicará a las obligaciones derivadas de Acuerdos o Contratos de Derecho privado y del cumplimiento del Servicio Militar obligatorio.

Artículo 11

Los nacionales y sociedades de una Parte podrán emplear a su libre elección en el territorio de la otra Parte, expertos técnicos o expertos en economía de empresas. Cuando estos expertos no reúnan las condiciones requeridas para el ejercicio de dicha actividad en el territorio de la otra Parte, deberán ser únicamente empleados para investigaciones, revisiones e informes de carácter interno.

Artículo 12

Se reconocerá a los nacionales y sociedades de una Parte en el territorio de la otra Parte el mismo trato que a los nacionales y la cláusula de nación más favorecida para el ejercicio de su actividad en lo que se refiere a la religión, ciencia y educación. Tendrán derecho a constituir asociaciones con estos fines conforme a la legislación de la otra Parte. Pero en ningún caso ninguna de las disposiciones de este Tratado deberá ser interpretada en el sentido de que expresa o tácitamente justifique derecho alguno a una actividad política.

Artículo 13

1. Los nacionales y sociedades de una de las Partes y sus viajantes de comercio podrán en el territorio de la otra Parte comprar mercancías o tomar pedidos de comerciantes o de personas que utilicen mercancías del tipo ofrecido en su negocio. A tales efectos, podrán llevar consigo muestras de mercancías pero no las mercancías mismas.

2. Para el ejercicio de las actividades designadas en el párrafo 1 no se precisará título de legitimación especial cuando los interesados se identifiquen mediante un documento expedido por las Autoridades de su país, según el modelo del Convenio Internacional suscrito en Ginebra el 3 de noviembre de 1923 para facilitar las formalidades aduaneras. Para este documento no será necesario el Visto Bueno Consular o de cualquier otra Autoridad.

Artículo 14

1. La propiedad y demás derechos de los nacionales y sociedades de una de las Partes gozarán en el territorio de la otra Parte de una protección igual a la otorgada por las Leyes de la otra Parte a la propiedad y demás derechos de sus nacionales. La misma regla se aplicará también a las medidas, investigaciones, inspecciones y otras intervenciones de carácter oficial. Por lo demás, éstas deberán realizarse de tal forma que molesten lo menos posible a los interesados.

2. Ambas Partes se comprometen a no adoptar respecto a los nacionales y sociedades de la otra Parte, medidas o disposiciones especiales que empeoren su tratamiento respecto a participaciones ya existentes en empresas, sean procedentes de aportaciones monetarias o de cualquier otra índole admitida por la legislación.

3. La propiedad y demás derechos de los nacionales y sociedades de una de las Partes, sólo podrán ser objeto

dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert des enteigneten Eigentums entsprechen, tatsächlich verwertbar sein sowie unverzüglich geleistet werden. Spätestens im Zeitpunkt der Vollziehung der Enteignung muß für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen werden. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem gerichtlichen Verfahren nachgeprüft werden können.

(4) Die Enteignungsentschädigung ist hinsichtlich des Teiles frei transferierbar, der dem Wert des eingeführten Kapitals und solchen Erträgen entspricht, die nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften bis zum Zeitpunkt der Auszahlung der Enteignungsentschädigung hätten ausgeführt werden können.

(5) Den Staatsangehörigen und Gesellschaften der einen Vertragspartei wird im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei hinsichtlich der in den Absätzen 1, 3 und 4 behandelten Angelegenheiten Inländerbehandlung und Meistbegünstigung gewährt.

Artikel 15

(1) Der Ausdruck Gesellschaften im Sinne dieses Vertrages umfaßt nicht nur die Handelsgesellschaften sowie alle anderen Gesellschaften, sondern auch alle juristischen Personen des privaten Rechts oder Vereinigungen, auch wenn sie keine Rechtspersönlichkeit besitzen, sofern sie nach dem in dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei geltenden Recht errichtet worden sind.

(2) Der rechtliche Status der Gesellschaften der einen Vertragspartei wird im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei anerkannt. Die andere Vertragspartei ist nur dann berechtigt, diese Anerkennung zu versagen, wenn die betreffende Gesellschaft durch ihren Zweck oder ihre tatsächlich ausgeübte Tätigkeit gegen Grundsätze oder Vorschriften verstößt, welche diese Vertragspartei als Bestandteil der öffentlichen Ordnung im Sinne ihres internationalen Privatrechts ansieht.

Artikel 16

Die Bestimmungen dieses Vertrages über die Meistbegünstigung erstrecken sich nicht:

- a) auf Begünstigungen, die eine Vertragspartei angrenzenden Ländern zur Erleichterung des Grenzverkehrs sowie im Rahmen regionaler Zusammenschlüsse auf dem Gebiet der Niederlassung einräumt,
- b) auf Begünstigungen, die im Rahmen einer Wirtschaftsunion, Zollunion oder Freihandelszone sowie auf Grund einstweiliger Vereinbarungen gewährt werden, die die Errichtung einer Wirtschaftsunion, Zollunion oder Freihandelszone zum Ziel haben,
- c) auf die Vorrechte und Begünstigungen, die eine Vertragspartei auf Grund von Vereinbarungen gewährt, die zwischen mehreren Ländern die gemeinsame Regelung von einzelnen Gebieten der Produktion, des Handels und der Dienstleistung oder die Gewährleistung der Sicherheit dieser Länder betreffen,
- d) auf Begünstigungen, die eine oder beide Vertragsparteien einem oder mehreren Ländern auf dem Gebiet der Zivilluftfahrt gewähren,
- e) auf steuerliche Vergünstigungen, die eine Vertragspartei dritten Staaten auf Grund von Vereinbarungen

de expropiación en el territorio de la otra Parte por causa de utilidad pública o interés social, y mediante indemnización. Esta indemnización deberá corresponder al valor de lo expropiado, ser efectiva y satisfecha sin demora innecesaria. Lo más tarde en el momento de la ocupación, deberán tomarse las medidas necesarias para la fijación y pago de la indemnización. La legalidad de la expropiación y el importe de la indemnización podrán ser comprobados en un proceso judicial.

4. La indemnización por expropiación será libremente transferible con respecto a aquella Parte que corresponda al valor del capital importado y de los rendimientos que, de acuerdo con la legislación interna, hubieran podido ser transferidos hasta el momento del pago de la indemnización.

5. A los nacionales y sociedades de una Parte se les concederá en el territorio de la otra, trato nacional y de nación más favorecida en cuanto a los asuntos tratados en los párrafos 1, 3 y 4.

Artículo 15

1. El término sociedades empleado en este Tratado se refiere, no solamente a las sociedades comerciales o de otra clase, sino también a todas las personas jurídicas de derecho privado o asociaciones, aún cuando no tengan personalidad jurídica, siempre que hayan sido fundadas con arreglo al derecho vigente en el territorio de una de las Partes.

2. El estatuto jurídico de las sociedades de una de las Partes será reconocido en el territorio de la otra Parte. Esta sólo podrá negar este reconocimiento cuando la sociedad afectada infrinja con su finalidad social o actividad realmente ejercida, los principios o disposiciones que esta Parte considere como parte del orden público en el sentido de su derecho internacional privado.

Artículo 16

Las disposiciones de este Tratado relativas a la concesión de la cláusula de nación más favorecida no se aplican:

- a) A las facilidades concedidas por una de las Partes a países limítrofes a efectos de simplificar el tráfico fronterizo, o en el marco de convenciones regionales relativas al derecho de establecimiento,
- b) a las facilidades que en el marco de una unión económica, aduanera o zona de libre comercio, así como sobre la base de convenciones provisionales, se concedan con la finalidad de establecimiento de dicha unión económica, aduanera o zona de libre comercio,
- c) a las prerrogativas y facilidades concedidas por una de las Partes sobre la base de acuerdos multilaterales relativos a la regulación común de determinados sectores de la producción, del comercio y prestación de servicios o al interés de la seguridad de los países participantes,
- d) a las facilidades que por una o ambas Partes se concedan a uno o varios países en lo que concierne a aviación civil,
- e) a bonificaciones de impuestos reconocidas por cada una de las Partes a terceros Estados sobre la base de

zur Vermeidung der Doppelbesteuerung oder auf Grund der Gegenseitigkeit oder auf Grund von Diskriminierungsabsprachen gewährt.

Artikel 17

Jede Vertragspartei gewährt der anderen Vertragspartei nach Maßgabe dieses Vertrages die Inländerbehandlung auf Grund der Tatsache, daß die andere Vertragspartei in den gleichen Angelegenheiten ebenfalls die Inländerbehandlung einräumt.

Artikel 18

(1) Keine Bestimmung dieses Vertrages hindert eine Vertragspartei daran, Staatsangehörige und Gesellschaften der anderen Vertragspartei günstiger als in diesem Vertrag vorgesehen zu behandeln.

(2) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Vereinbarungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine Verpflichtung, Staatsangehörige und Gesellschaften der anderen Vertragspartei günstiger als in diesem Vertrag vorgesehen zu behandeln, so wird diese Verpflichtung durch die Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt.

Artikel 19

In allen Fällen, in denen dieser Vertrag gleichzeitig Inländerbehandlung und Meistbegünstigung gewährt, findet die günstigere Behandlung Anwendung.

Artikel 20

(1) Im Falle von Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder die Anwendung dieses Vertrages verpflichten sich die Vertragsparteien, zur Herbeiführung einer Lösung in freundschaftlichem Geist Konsultationen aufzunehmen.

(2) Kann eine Lösung nicht erzielt werden, so wird die Meinungsverschiedenheit auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet.

- (3) a) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet und besteht aus drei Schiedsrichtern. Jede Vertragspartei bestellt einen Schiedsrichter; die beiden so bestellten Schiedsrichter einigen sich auf einen Obmann, der Angehöriger eines dritten Staates sein muß und von den Regierungen der beiden Vertragsparteien bestellt wird.
- b) Jede Vertragspartei hat ihren Schiedsrichter binnen zwei Monaten nach einem dahingehenden Antrag der anderen Vertragspartei zu benennen; kommt sie dieser Verpflichtung nicht nach, so wird der Schiedsrichter auf Antrag der anderen Vertragspartei vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernannt.
- c) Können sich die Schiedsrichter innerhalb eines Monats nach ihrer Bestellung über den Obmann des Schiedsgerichts nicht einigen, so wird dieser auf Antrag einer der beiden Vertragsparteien durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernannt.
- d) Ist der Präsident des Internationalen Gerichtshofes verhindert, dem Antrag gemäß Unterabsatz b) und c) dieses Absatzes zu entsprechen, oder ist er Staatsangehöriger einer der beiden Vertragsparteien, so wird die Ernennung vom Vizepräsidenten vorgenommen. Ist auch der Vizepräsident verhindert oder ist er Staatsangehöriger einer der beiden Vertragsparteien, so erfolgt die Ernennung durch das rangälteste Mit-

acuerdos para evitar la doble imposición o por causa de reciprocidad o en evitación de discriminaciones.

Artículo 17

Cada Parte concederá a la otra Parte el trato nacional de acuerdo con este Tratado, en virtud del hecho de que la otra Parte concede el trato nacional en los mismos asuntos.

Artículo 18

1. Ninguna disposición de este Tratado impedirá a una de las Partes conceder a los nacionales y sociedades de la otra Parte un trato más favorable que el previsto en el mismo.

2. Si resultase de las normas legales de una de las Partes, o de obligaciones de Derecho Internacional existentes entre las Partes, o que en el futuro pudieran ser establecidas entre ellas, una normativa en virtud de la cual resultase aplicable a nacionales y sociedades de la otra Parte, un trato más favorable que el previsto en este Tratado, lo dispuesto en el mismo no afectará a aquella regulación.

Artículo 19

En todos los casos en que este Tratado conceda simultáneamente la equiparación de trato a los propios nacionales y la cláusula de nación más favorecida, se aplicará el trato que resulte más favorable.

Artículo 20

1. Si se produjeran divergencias de opinión en la interpretación o aplicación de este Tratado, ambas Partes se obligarán a consultarse a fin de conseguir una solución amistosa.

2. Si no se llegara a una solución y si así lo solicitara una de las Partes, el caso se someterá a un Tribunal de Arbitraje.

3. a) Este Tribunal de Arbitraje se constituirá para cada caso y estará formado por tres árbitros. Cada Parte designará un árbitro; los dos árbitros designados elegirán un tercer árbitro que deberá ser nacional de un tercer Estado y será nombrado por los Gobiernos de ambas Partes.
- b) Cada una de las Partes deberá designar su árbitro dentro de los dos meses siguientes a la fecha de la solicitud presentada por la otra Parte; de no hacerse así, el árbitro será nombrado a petición de la otra Parte, por el Presidente del Tribunal Internacional de Justicia.
- c) Si los dos árbitros designados por cada una de las Partes no se pusieran de acuerdo para la elección del tercer árbitro en el plazo de un mes, el tercer árbitro, a petición de una de las Partes, será nombrado por el Presidente del Tribunal Internacional de Justicia.
- d) El nombramiento lo efectuará el Vicepresidente del Tribunal Internacional de Justicia, cuando el Presidente del mismo, conforme a los subapartados b y c de este párrafo se hallase impedido para acceder a la solicitud o si fuese nacional de una de las Partes. Si dicho Vicepresidente estuviese asimismo impedido o fuese nacional de una de las Partes, el nombramiento se efectuaría por el miembro de mayor rango y antigüedad del

glied des Gerichtshofes, das nicht Staatsangehöriger einer der beiden Vertragsparteien ist.

(4) Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidungen auf Grund der Bestimmungen dieses Vertrages sowie der allgemeinen Regeln des Völkerrechts.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die Vertragsparteien bindend.

(6) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen.

(7) Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

Artikel 21

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Spanischen Regierung innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenseitige Erklärung abgibt.

Artikel 22

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

GESCHEHEN zu Madrid am 23. April 1970 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und in spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Scheel

Für den Spanischen Staat
López Bravo

Tribunal, que no fuese nacional de una de las Partes.

4. El Tribunal de Arbitraje resolverá con arreglo a las disposiciones de este Tratado, así como según las normas generales del Derecho Internacional.

5. El Tribunal de Arbitraje decide por mayoría de votos y, sus resoluciones son obligatorias para ambas Partes.

6. Cada Parte tomará a su cargo los gastos de su miembro así como los que ocasione su representación en el procedimiento ante el Tribunal de Arbitraje; tanto los gastos del tercer árbitro como los demás del procedimiento, serán por cuenta, a partes iguales, de ambas Partes. El Tribunal de Arbitraje podrá regular de otra forma la distribución de los gastos.

7. El Tribunal de Arbitraje establecerá su propio procedimiento.

Artículo 21

El presente Tratado se aplicará también al "Land" Berlin, en tanto que el Gobierno de la República Federal de Alemania no haga una declaración en contrario al Gobierno español, dentro de los tres meses siguientes a la entrada en vigor del presente Tratado.

Artículo 22

1. Este Tratado deberá ser ratificado. Los instrumentos de ratificación serán canjeados en Bonn lo antes posible.

2. Este Tratado entrará en vigor un mes después de la fecha de canje de los instrumentos de ratificación.

3. Transcurridos diez años, este Tratado podrá ser denunciado en cualquier momento; pero quedará en vigor durante un año a partir de la fecha de su denuncia.

HECHO en Madrid, el 23 de abril de 1970 en cuatro ejemplares, dos en lengua alemana y dos en lengua española, haciendo fe ambos textos.

Por la República Federal de Alemania
Scheel

Por el Estado Español
López Bravo

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Niederlassungsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als wesentlicher Bestandteil des Vertrages betrachtet werden sollen:

1. Der Ausdruck „öffentliche Gesundheit“ umfaßt den Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen.
2. Die Familienzugehörigkeit gemäß Artikel 2 Absatz 2 wird als nicht unterbrochen angesehen durch Ferien, Studienaufenthalt oder Abwesenheit aus anderen, vorübergehenden Gründen.
3. Der Ausdruck „Naturkatastrophen oder ähnliche Katastrophen“ in Artikel 6 bedeutet nicht Krieg oder kriegsähnliche Zustände.
4. Artikel 8 hindert keine Vertragspartei daran, als Voraussetzung für die Eintragung in das nationale Register vorzuschreiben, daß Schiffe und Luftfahrzeuge nicht im Eigentum von Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines ausländischen Staates stehen dürfen. Luftfahrzeuge, die nicht in einer der Vertragsparteien eingetragen oder zugelassen sind, dürfen nur mit der hierfür erforderlichen Erlaubnis in das Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei einfliegen oder auf andere Weise dorthin verbracht werden, um dort zu verkehren.
5. Die in Artikel 9 Absatz 1 gewährte Inländerbehandlung bezieht sich nicht auf das Gebiet der Besteuerung.
6. a) Im Sinne des Artikels 9 Absatz 4 sind Unternehmen von Ausländern kontrolliert, bei denen die ausländische Kapitalbeteiligung 50% übersteigt.
- b) Die Behörden der einen Vertragspartei werden Anträge von Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei auf Errichtung von Unternehmen sowie auf Erwerb der Kontrolle über bestehende Unternehmen wohlwollend behandeln und nur dann ablehnen, wenn dies aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit erforderlich ist.
7. a) Der Ausdruck „öffentlicher Dienst“ in Artikel 9 Absatz 6 wird von jeder Vertragspartei nach ihren Rechtsvorschriften ausgelegt.
- b) Die Vertragsparteien stimmen gemäß Artikel 9 Absatz 6 überein, daß die in den Absätzen 1, 2 und 3 des Artikels 9 vereinbarte Inländerbehandlung auf folgende Berufe und Tätigkeiten keine Anwendung findet:
 1. Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte,
 2. Heilpraktiker,
 3. Apotheker,
 4. Notare, Rechtsanwälte, Rechtsbeistände, Berater in Verwaltungsangelegenheiten,
 5. Patentanwälte, Patentagenten,

Protocolo

Al firmarse entre la República Federal de Alemania y el Estado Español el Tratado de Establecimiento los infrascritos Plenipotenciarios han convenido además en las siguientes disposiciones, que deberán considerarse como parte integrante esencial del Tratado:

1. El término "sanidad pública" comprende la protección de la vida y de la salud de personas, animales y plantas.
2. La convivencia familiar mencionada en el artículo 2, párrafo 2, no se considerará interrumpida por vacaciones, estudios u otras ausencias de carácter temporal.
3. El término "catástrofes naturales y otras semejantes" en el artículo 6, no comprende la guerra ni otros estados semejantes a ésta.
4. El artículo 8 no impide a ninguna de las Partes prescribir como condición previa para la inscripción en el registro nacional que los buques y aeronaves no pueden ser propiedad nacional o de sociedades de un Estado extranjero. Las aeronaves que no estén matriculadas o admitidas en una de las Partes no podrán sobrevolar el territorio de la misma o ser llevadas de otra forma para entrar en el tráfico de esa Parte, sin obtener el correspondiente permiso.
5. El trato de nacionales garantizado en el párrafo 1 del artículo 9 no se refiere al sector de la tributación fiscal.
6. a) En el sentido del párrafo 4 del artículo 9 son controladas por extranjeros las empresas en las que la participación del capital extranjero excede del 50 %.
- b) Las Autoridades de una de las Partes tratarán benévolamente las solicitudes de nacionales y sociedades de la otra Parte para la fundación de empresas, así como para la adquisición del control de empresas existentes, rechazándolo, únicamente, cuando lo exijan razones de orden público, de seguridad o de sanidad pública.
7. a) El término "servicios públicos" en el párrafo 6 del artículo 9 será interpretado por cada Parte con arreglo a sus disposiciones legales.
- b) Las Partes coinciden conforme al párrafo 6 del artículo 9 que el trato de nacionales acordado en los párrafos 1, 2 y 3 del artículo 9 no se aplicará a las siguientes profesiones y actividades:
 1. Médicos, dentistas, veterinarios.
 2. "Heilpraktiker".
 3. Farmacéuticos.
 4. Notarios, abogados, consultores jurídicos, gestores administrativos.
 5. Abogados de patentes, agentes de propiedad.

6. Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer, Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsberater,
 7. Tätigkeiten auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege und des Auswanderungswesens,
 8. gewerbsmäßige Beförderung von Personen oder Sachen durch Luftfahrzeuge; gewerbsmäßige Verwendung von Luftfahrzeugen für andere Zwecke,
 9. Bezirksschornsteinfegermeister,
 10. öffentlich bestellte Vermessungsingenieure,
 11. Prüflingenieur für Baustatik,
 12. Buchmacher und Lottereeinnehmer,
 13. gewerbsmäßige Herstellung von Schußwaffen, Munition sowie Handel mit diesen Waren,
 14. Umgang und Verkehr mit explosionsgefährlichen Stoffen einschließlich ihrer Beförderung,
 15. Reisegewerbe (Gewerbebetrieb im Umherziehen), soweit sich nicht aus Artikel 13 etwas anderes ergibt,
 16. Kapitäne, Schiffsoffiziere und Seefunker auf Schiffen deutscher und spanischer Flagge und Seelotsen,
 17. Küstenschifffahrt,
 18. Private Detekteien und Auskunfteien.
6. Inspectores de economía, contables jurados, asesores de impuestos, apoderados para impuestos, asesores económicos.
 7. Actividades en el campo de la beneficencia y de la emigración.
 8. Transporte comercial de personas o cosas por medio de aeronaves, utilización comercial de aeronaves, para otros usos.
 9. Maestros deshollinadores comarcales.
 10. Ingenieros agrimensores públicos.
 11. Ingenieros verificadores de estática de la construcción.
 12. "Buchmacher" y recaudadores de lotería.
 13. Fabricación con fines de lucro de armas de fuego, municiones y el comercio con estos artículos.
 14. Manejo y tráfico de materias explosivas incluido su transporte.
 15. Profesiones ambulantes independientes siempre que no se desprenda algo distinto de lo dispuesto en el artículo 13.
 16. Capitanes, oficiales de Marina y radiotelegrafistas de buques de pabellón alemán y español y prácticos de puertos.
 17. Navegación de cabotaje.
 18. Agentes privados de investigación e información.
8. Sofern eine der Vertragsparteien nach Unterzeichnung dieses Vertrages mit einem dritten Staat Fristen der in Artikel 10 Absatz 3 und 5 bezeichneten Art vereinbart, die kürzer sind als die zwischen den Vertragsparteien vereinbarten Fristen, verpflichten sich beide Vertragsparteien, Verhandlungen über eine Kürzung der in dem vorgenannten Artikel vereinbarten Fristen aufzunehmen.
 9. Artikel 12 bezieht sich nicht auf das Gebiet der Besteuerung.
 10. Luftfahrzeuge, die in einer Vertragspartei eingetragen oder zugelassen sind, dürfen im Gebiet der anderen Vertragspartei Maßnahmen nach Artikel 14 Absatz 3 nicht unterworfen werden.
 11. Der Ausdruck „Staatsangehöriger“ bedeutet:
 - a) In bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
 - b) in bezug auf Spanien alle Personen, die nach dem Código Civil die spanische Staatsangehörigkeit besitzen.

Jede Vertragspartei befindet unter Berücksichtigung der Staatsangehörigkeitgesetzgebung der anderen Vertragspartei darüber, welchen Staatsangehörigkeitsnachweis sie fordern will, mit der Maßgabe, daß für die Anwendung dieses Vertrages ein von den Behörden der anderen Vertragspartei ausgestellter Reisepaß (pasaporte) oder Personalausweis (documento nacional de identidad) in der Regel als ausreichender und auf jeden Fall als provisorischer Nachweis der Staatsangehörigkeit angesehen wird.
 8. En el caso que una de las Partes, después de la firma de este Tratado, concierte con un tercer Estado plazos del tipo designado en los párrafos 3 y 5 del artículo 10, que sean más breves que los acordados por las Partes, se obligan ambas Partes a entablar negociaciones sobre la reducción de los plazos acordados en el mencionado artículo.
 9. El artículo 12 no se refiere al sector de la tributación fiscal.
 10. Las aeronaves matriculadas y admitidas en una de las Partes no podrán ser sometidas en el territorio de la otra Parte a medidas previstas en el párrafo 3 del artículo 14.
 11. El término nacional significa:
 - a) Por lo que se refiere a la República Federal de Alemania, todos los alemanes en el sentido del Artículo 116, apartado 1, de la Ley fundamental para la República Federal de Alemania.
 - b) Por lo que se refiere a España, todas las personas naturales que posean la nacionalidad española conforme al Código Civil.

Cada Parte decidirá conforme a la legislación sobre la nacionalidad de la otra Parte, qué prueba de nacionalidad exigirá, teniendo en cuenta que para la aplicación de este Tratado, se considerará el Pasaporte (Reisepass) o el Documento Nacional de Identidad (Personalausweis) expedido por las Autoridades de la otra Parte, prueba suficiente, en principio, y en todo caso prueba provisional de la nacionalidad.

GESCHEHEN zu Madrid am 23. April 1970

HECHO en Madrid, el 23 de abril de 1970.

Für die Bundesrepublik Deutschland
ScheelPor la República Federal de Alemania
ScheelFür den Spanischen Staat
López BravoPor el Estado Español
López Bravo

Bekanntmachung
des Sechzehnten Zusatzprotokolls zum Handelsabkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Vom 7. August 1972

In Bonn wurde am 9. Mai 1972 das Sechzehnte Zusatzprotokoll zum Handelsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 2. Dezember 1954 (veröffentlicht mit Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 5/55 vom 24. Januar 1955, Bundesanzeiger Nr. 32 vom 16. Februar 1955) unterzeichnet.

Gemäß Artikel 113 des EWG-Vertrages hat der Rat der Europäischen Gemeinschaften durch Entscheidung vom 25. Oktober 1971 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 248/7 vom 9. November 1971) der Verlängerung der Geltungsdauer des vorerwähnten Handelsabkommens bis zum 31. Dezember 1972 zugestimmt.

Das Sechzehnte Zusatzprotokoll sowie die dazugehörigen Warenlisten A und B gelten vom 1. Januar bis 31. Dezember 1972; sie werden nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 7. August 1972

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Finanzen
Im Auftrag
Dr. Hanemann

**Sechzehntes Zusatzprotokoll vom 9. Mai 1972
zum Handelsabkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 2. Dezember 1954**

Der deutsch-schweizerische Gemischte Regierungsausschuß hat am 8. und 9. Mai 1972 in Bonn getagt und hat im Sinne der ihm übertragenen Aufgaben den Warenverkehr zwischen den beiden Ländern geprüft.

Als Ergebnis der Gespräche wurde festgelegt, daß die in den Anlagen A und B zu diesem Protokoll aufgeführten Einfuhrkontingente für die Zeit vom 1. Januar 1972 bis 31. Dezember 1972 so lange Gültigkeit haben, bis eine Drittlandsregelung für die betreffenden Erzeugnisse im Rahmen einer EG-Marktordnung in Kraft tritt.

Die Geltungsdauer des vorerwähnten Handelsabkommens ist zunächst bis zum 31. Dezember 1972 verlängert worden.

GESCHEHEN zu Bonn am 9. Mai 1972 in zweifacher Ausfertigung.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
Peter H e r m e s

Für den Schweizerischen Bundesrat
Paul R. J o l l e s

Anlage A
zum 16. Zusatzprotokoll vom 9. Mai 1972
zum Handelsabkommen

**Deutsche Einfuhren
Kontingente für die Einfuhr von schweizerischen Waren**

Nr. des deutschen Warenverzeichnisses für die Außenhandels- statistik	Warengruppe	Kontingente in 1000 DM für die Dauer von 12 Monaten
--	-------------	---

Ernährung und Landwirtschaft

2004 51, ex 59 2005 11, 51, ex 90 2007 05, 51, 52, 85 2210 ex 10, ex 50	1. Obstprodukte	6 500
	2. Verschiedenes	10 000

Anlage Bzum 16. Zusatzprotokoll vom 9. Mai 1972
zum Handelsabkommen

**Schweizerische Einfuhren
Kontingente für die Einfuhr von Waren
aus der Bundesrepublik Deutschland**

Nr. des schweizerischen Zolltarifs	Warengruppe	Kontingente in 1 000 sfr. für die Dauer von 12 Monaten
Ernährung und Landwirtschaft		
ex 1001.10, ex 1002.10	1. Brotgetreidesaatgut	p.m.
ex 1003.01, ex 1004.01	2. Futtergetreidesaatgut	700
ex 0705.10, ex 0705.12	3. Saathülsenfrüchte	150
0806.20, 22, 0807.10, 12, 30, 32, 40, 0808.10, 20, ex 30	4. Obst- und Beerenfrüchte	p.m.
0701.22, ex 30, 50—84, ex 90, ex 0702.10, 0702.12, 0703.01, ex 0704.10, 0704.12, 0706.01, 2001.12, 2002.32, 34, 2007.30	5. Gemüse, auch verarbeitet	p.m.
0701.40	6. Saatkartoffeln	1 250
1507.10—32	7. Speiseöl	p.m.
0201.20	8. Rindfleisch (insbes. Spezialstücke)	1 500
0201.10, 22, 30, 42, 50, ex 0205.01, 0206.10, 1602.20, ex 30	9. Anderes Fleisch und Fleischkonserven	p.m.
1601.20	10. Dauerwurst- Spezialitäten	60 t
0101.10, 14, 20	11. Pferde a) Gebrauchspferde (einschl. Militär- pferde) mit Aus- nahme von Zug- pferden	700 Stück
	b) Zuchtpferde	p.m.
	c) Schlachtpferde und -fohlen	900 Stück
ex 0602.10—52, 66	12. Baumschulerzeugnisse	100 *)
	13. Verschiedenes	1 700

*) Vorbehalt der Kern- und Steinobstsorten

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Madagaskar
über Kapitalhilfe**

Vom 18. August 1972

In Tananarive ist am 20. Juli 1972 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Madagaskar über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 9

am 20. Juli 1972

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 18. August 1972

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Finanzen
Im Auftrag
Dr. Hanemann

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Madagaskar über Kapitalhilfe

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Madagaskar

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Madagaskar,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, die Entwicklung der madagassischen Wirtschaft zu fördern,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Madagaskar, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben Bau der Straße von Port Bergé nach Antsohihy, wenn nach Prüfung seine Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist, ein Darlehen bis zur Höhe von insgesamt fünfundzwanzig Millionen Deutsche Mark aufzunehmen.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Madagaskar durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung dieses Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmt der zwischen der Regierung der Republik Madagaskar und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Madagaskar stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Darlehensvertrags in Madagaskar erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Madagaskar überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Transportunternehmen vorbehaltlich des Artikels 5, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der deutschen Verkehrsunternehmen ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen aus Ländern und Gebieten, die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gesondert mitgeteilt werden, dürfen aus dem Darlehen nicht finanziert werden. Hierunter fallen auch Lieferungen, die ihren Ursprung in einem dieser Länder und Gebiete haben. Desgleichen dürfen auch Lieferungen, die aus dem Darlehen finanziert werden, nicht auf Verkehrsmitteln dieser Länder und Gebiete transportiert werden.

Artikel 6

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus dem Darlehen bezahlt werden, wurden bereits international beschränkt ausgeschrieben.

Artikel 7

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Artikel 8

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Madagaskar innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenseitige Erklärung abgibt.

Artikel 9

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Tananarive am 20. Juli 1972 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
A. Vestring

Für die Regierung der Republik Madagaskar
Ratsiraka

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 99
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen in der Landwirtschaft
Vom 21. August 1972

Das Übereinkommen Nr. 99 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 28. Juni 1951 über die Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen in der Landwirtschaft (Bundesgesetzbl. 1953 II S. 294) ist nach seinem Artikel 7 Abs. 3 für

Italien	am	5. Mai 1972
Kamerun	am	25. Mai 1971
Kenia	am	9. Februar 1972
Mauritius	am	2. Dezember 1970
Spanien	am	4. Juni 1971
Türkei	am	23. Juni 1971

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 19. August 1970 (Bundesgesetzbl. II S. 903, 988).

Bonn, den 21. August 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
In Vertretung
Dr. Ehrenberg

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 112
der Internationalen Arbeitsorganisation
über das Mindestalter für die Zulassung zur Arbeit in der Fischerei
Vom 21. August 1972

Das Übereinkommen Nr. 112 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 19. Juni 1959 über das Mindestalter für die Zulassung zur Arbeit in der Fischerei (Bundesgesetzbl. 1962 II S. 1429) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 3 für

Australien	am	15. Juni 1972
Italien	am	5. Mai 1972
Kuba	am	5. Februar 1972
Panama	am	19. Juni 1971

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. Dezember 1969 (Bundesgesetzbl. II S. 2286).

Bonn, den 21. August 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen
 In Vertretung
 Frank

Der Bundesminister
 für Arbeit und Sozialordnung
 In Vertretung
 Dr. Ehrenberg

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn
 Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie für Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:
 Bundesgesetzblatt, 53 Bonn I, Postfach 624, Telefon 22 40 86 — 88.

Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Ausfertigung verkündet. Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. beim Verlag vorliegen. Im Teil III wird das als fortgeltend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (BGBl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Der Teil III kann nur als Verlagsabonnement bezogen werden. Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 31,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,85 DM. Dieser Preis gilt auch für die Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1972 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt, Köln 399 oder gegen Vorausrechnung bzw. gegen Nachnahme. Preis dieser Ausgabe 1,70 DM zuzüglich Versandgebühr 0,20 DM, bei Lieferung gegen Vorausrechnung zuzüglich Portokosten für die Vorausrechnung. Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.